

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Endlagersuche intensivieren

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die Aufbewahrungsgenehmigung für die 74 Castorbehälter des Zwischenlagers Nord auf 40 Jahre befristet ist und in einigen Fällen bereits im Jahr 2036 endet.
 2. das im Standortauswahlgesetz (StandAG) in § 1 Absatz 5 formulierte Ziel, die Festlegung eines Endlagerstandorts bis 2031 getroffen zu haben, offenbar verfehlt wird.
 3. die von Mecklenburg-Vorpommern übergebenen Daten offenbar nicht oder nur sehr bedingt für den Zwischenbericht Teilgebiete genutzt worden sind.
 4. Teilgebiete falsch oder zu groß ausgewiesen wurden und nun für 54 % der Fläche Deutschlands nicht ausgeschlossen werden kann, dass dort ein Endlager errichtet wird. Dies wiederum hat zur Folge, dass alle weiterführenden Untersuchungen, die für die nun zu großen Flächen durchgeführt werden müssen, und alle weiteren Schritte im Verfahren länger dauern.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene insbesondere gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz dafür einzusetzen, dass
 1. der Legislative und Exekutive der Länder sowie der breiten Öffentlichkeit ein Zeit- und Arbeitsplan zur Kenntnis gegeben wird, welcher insbesondere die Meilensteine der Ermittlung der Standortregionen gemäß §14 StandAG beinhaltet.

2. eine aufgrund der Verzögerung der Endlagersuche notwendige Zwischenlagerstrategie schnellstmöglich erarbeitet wird.
3. der Bund die Kosten der Länder für die Verwaltungsaufgaben, die im weiteren Auswahlprozess der Endlagersuche erfolgen müssen, in angemessener Höhe übernimmt.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion